

DRUCKSACHE THÜRINGEN

Zeitung der CDU-Landtagsfraktion

Ausgabe Juli 2020



CDU-FRAKTION AUF SCHLÖSSER-TOUR:
KEIN AUSVERKAUF DER THÜRINGER
IDENTITÄT!

Seite 4

„Nicht einen Quadratmeter Wald für Wind- räder opfern“

Seite 2

Um Thüringer Arbeitsplätze kämpfen

Die Angst um den eigenen Arbeitsplatz ist zurück in Thüringen. Und Corona wird tiefe Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. In den ersten vier Monaten ist der Umsatz bei den Thüringer Unternehmen um knapp eine Milliarde Euro eingebrochen. Jedes fünfte Unternehmen in Deutschland plant noch für dieses Jahr einen Stellenabbau.

Bis Ende September sind die harten Regeln der Insolvenzordnung gelockert, doch viele Experten befürchten, dass dann in Thüringen Betriebe Insolvenz anmelden müssen. In vielen Branchen sind die wirtschaftlichen Folgen des Lock-Downs noch lange nicht verarbeitet. „Etwa die Gastronomie und die Hotellerie laufen nur zöger-

lich an“, sagt etwa der tourismuspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Andreas Bühl. **„Dem Veranstaltungsgewerbe fehlt es immer noch an klaren Perspektiven bis in das nächste Jahr hinein.“**

Während die rot-rot-grüne Minderheitsregierung ein massives Schuldenprogramm auflegen will, schlägt die CDU gezielte Entlastungen für Familien und den Mittelstand vor. Nur mit neuer Zuversicht für den Thüringer Mittelstand kann ein massiver Arbeitsplatzabbau eingedämmt werden. Unternehmen müssen entlastet werden. **Die CDU-Fraktion wirbt für einen Dreiklang: Soforthilfe, Entlastung und Investitionen.** Bereits auf dem Höhepunkt

der Corona-Krise hat die CDU-Fraktion finanzielle Soforthilfen für kleine und mittelständische Unternehmen vorangetrieben sowie die anteilige Kompensation von Umsatzausfällen im Gastronomiebereich auf den Weg gebracht. **„Langfristig muss es aber darum gehen, unsere Betriebe von ausufernder Bürokratie, überflüssigen Berichtspflichten und zusätzlichen Kosten durch immer neue gesetzliche Regelungen zu entlasten“**, sagt der Wirtschaftsexperte der CDU-Landtagsfraktion, Martin Henkel. Die verschärften Vorgaben, die Unternehmen vorlegen müssen, um sich an

öffentlichen Ausschreibungen beteiligen zu können, produzieren unnötig Kosten.

„Früher hat das Unternehmen ein Angebot abgegeben und erklärt, dass es nach Tarif bezahlt“, so Henkel. „Heute muss der Mittelständler seitenweise Nachweise führen, wo der Baustoff oder das Produkt herkommt, wie die betriebliche Ausbildungsquote ist oder er muss die Energieeffizienz des Produktes der Ausschreibung beifügen.“

Die Union schlägt deshalb eine Bürokratiebremse vor, wonach für jedes neue Gesetz wirtschaftliche Entlastungen für Thüringer Unternehmen in doppelter Höhe beschlossen werden. Henkel: „Absolute Priorität der Thüringer Politik muss es jetzt sein, für unsere Arbeitsplätze und unsere Firmen zu kämpfen.“



Längst nicht mehr in allen Thüringer Betrieben sprühen derzeit die Funken:
In vielen Branchen herrscht Auftragsflaute.

- ☑ Soforthilfe
- ☑ Entlastung
- ☑ Investitionen

KLARTEXT



Prof. Dr. Mario Voigt
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

vor uns liegt kein Sommer wie jeder andere. **Die Coronakrise hat 2020 verändert. Deutschland ist dabei so gut durch die Pandemie gekommen wie kein anderes Land.** Schauen wir auf die USA, Brasilien oder Italien, können wir froh sein, in unserer Heimat zu leben. **Wir haben das**

gemeinsam erreicht. Durch Achtsamkeit für den Nächsten und besonders durch jene, die das Land am Laufen halten: vom Krankenpfleger und Arzt, über den Verkäufer bis zum Bürgermeister. **Zugleich sollte sich unser Blick auf Kinder, Senioren und Menschen mit Behinderungen richten, sie leiden besonders unter der Krise.** Dabei ist Deutschland digitaler geworden, Entscheidungsprozesse wurden vereinfacht und oft auch schneller. Jetzt aber

dürften wir nicht in alte Muster zurückfallen. Unterstützung für Familien, weniger Bürokratie, mehr Digitalisierung, weniger Steuern sind nun Auftrag für die Politik. Wir müssen um Arbeitsplätze kämpfen, die nun bedroht sind. Die CDU-Fraktion setzt sich dafür ein, die vor allem mittelständisch geprägte Wirtschaft wieder zu beleben. Thüringen muss schneller und besser werden, etwa wenn es um die Digitalisierung unserer Schulen und der Verwaltung

geht. **Wir müssen die konkreten Probleme der Bürger wieder stärker in den Blick nehmen.** Die Landespolitik darf sich nicht länger in ideologischen Nischenthemen verlieren. Wir sollten diese Krise dafür nutzen, den Ballast an Bürokratie, Ideologie und Kleingeistigkeit abzuwerfen. Dann kann Thüringen gestärkt aus dieser Krise hervorgehen.

Ihr
Mario Voigt

„Nicht einen Quadratmeter Wald für Windräder opfern“

„Der Zustand des Waldes ist auf Grund von Klima- und Umwelteinflüssen alarmierend schlecht. Es darf nicht noch zusätzlich wegen Windkraftanlagen zu Abholzungen in großem Stil kommen“. Der umwelt- und energiepolitische Sprecher der Landtags-CDU, Thomas Gottweiss, machte deutlich, dass die Fraktion nicht gewillt ist, „auch nur einen einzigen Quadratmeter Wald für Windräder zu opfern. Deshalb werden wir uns weiter für ein gesetzliches Verbot von Windkraft im Wald einsetzen.“ **Die CDU-Fraktion strebt gemeinsam mit der FDP ein gesetzliches Verbot von Wind im Wald an.**

„Es kann nicht sein, dass einerseits Wiederaufforstungen durch die Landesregierung im dreistelligen Millionenbereich versprochen und gleichzeitig wertvoller Wald für Windkraftanlagen geopfert wird“, erklärte Gottweiss. Dies wolle und werde man nur durch ein Verbot von Windanlagen im Wald und einer entsprechenden Änderung des Thüringer Waldgesetzes erreichen. Auch die Argumentation der rot-rot-grünen Minderheitsregierung, es würde kein gesunder Baum gefällt und man wolle nur Flächen mit bereits geschädigten Bäumen in Wirtschaftswäldern für die Windkraft nutzen, führe die Bürger im wahrsten Sinne des Wortes hinter die Fichte, so Gottweiss weiter. **„Für uns steht fest:**



“**Rot-Rot-Grün erzwingt die unsinnige Planung von Windvorranggebieten**“

Die rot-rot-grüne Minderheitsregierung würde gerne Windräder in Thüringens Wälder stellen.

Die unzweifelhaft vorhandenen Kapazitätsflächen müssen als wichtige CO2-Senken mit geeigneten Gehölzen sofort wieder aufgeforstet werden“, forderte Gottweiss.

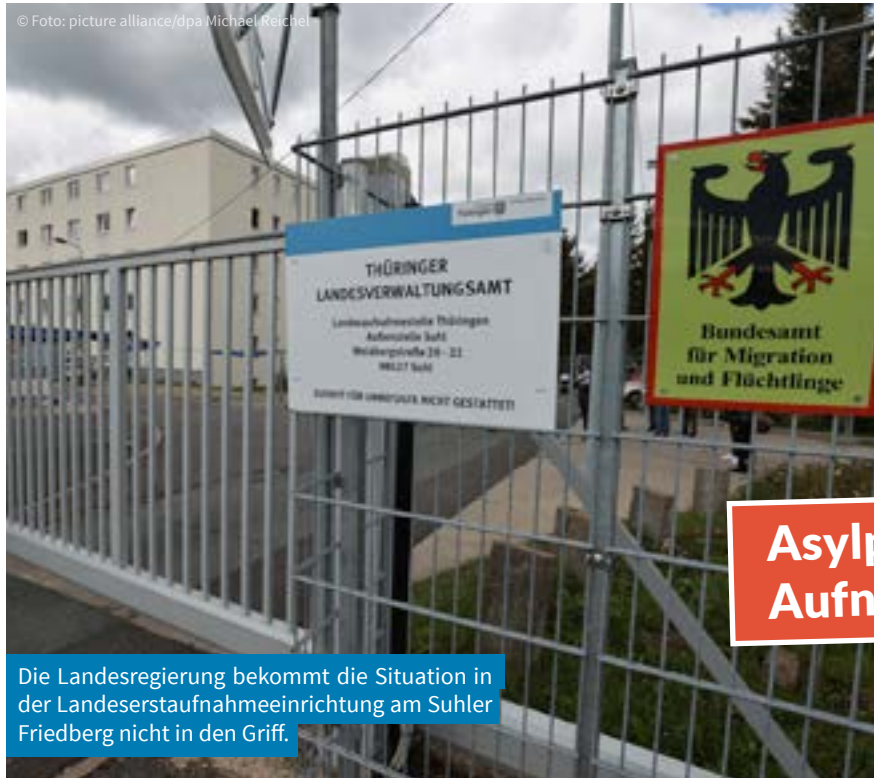
Hinzu komme: „Rot-Rot-Grün zwingt die regionalen Akteure mit dem Win-

denergieerlass zu unsinnigen Planungen von Windvorranggebieten.“ Gemäß dem rot-rot-grünen Windenergieerlass von 2016 und dem Thüringer Klimagesetz von 2018 sind die Planungsgemeinschaften gezwungen, ein Prozent ihrer Flä-

che als Vorranggebiete für Windkraft auszuweisen. **„Regionalplanung ist und bleibt Sache der Gemeinden. Die CDU-Fraktion wird sich auch weiterhin für die Abschaffung dieses Erlasses einsetzen“, machte der CDU-Umweltexperte deutlich.**

Kein Thüringer Alleingang

© Foto: picture alliance/dpa Michael Reichel



Die Landesregierung bekommt die Situation in der Landeserstaufnahmeeinrichtung am Suhler Friedberg nicht in den Griff.

Der migrationspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, Marcus Malsch, kritisiert den Umgang des Thüringer Migrationsministers Dirk Adams (Grüne) mit den Menschen in griechischen Aufnahmelagern als zutiefst zynisch. „Herr Adams propagiert die Aufnahme von 500 Migranten, vor allem um seiner Wähler-Klientel in Thüringen das gute Gefühl zu vermitteln, das Richtige zu tun“, so Malsch. Es brauche aber keinen Thüringer Alleingang der rot-rot-grünen Minderheitsregierung.

Asylpolitik ist kein Aufnahmewettbewerb

Ohne Zustimmung und Einvernehmen des Bundesinnenministeriums befindet sich die linke Regierung

auf dem Holzweg. **„Thüringens Minderheitsregierung will Aufenthaltserlaubnisse verteilen, ohne Asylverfahren durchzuführen. Einen solchen 31-Millionen-Euro-Freifahrtsschein verbieten die Verabredungen zwischen Bund und Ländern“, sagte Malsch.**

Er erinnerte daran, dass der Koalitionsausschuss im Bund die Übernahme von bis zu 1.500 Kindern im Rahmen einer europäischen Aktion bereits beschlossen hat. „Es geht um schwer erkrankte, behandlungsbedürftige Kinder oder solche, die jünger als 14 Jahre und unbegleitet unterwegs sind.“

Eine Erweiterung des Personenkreises tragen wir nicht mit. Uns geht es um den Schutz von Kindern und Jugendlichen, nicht um einen Aufnahmewettbewerb von so vielen Migranten wie möglich“, stellte Malsch klar.

Die Bad Liebensteiner Hausärztin Bettina Lorenz misst den Blutdruck unseres Redakteurs.



Den ganzen Menschen sehen

Thüringen gilt als gut versorgt mit Hausärzten – doch auf dem Land werden die Wege schon mal lang

Unterschriftensammlungen, Proteste, Schuldzuweisungen in Richtung der Nachbargemeinde – Unterbreizbach im tiefsten Inneren des Wartburgkreises kämpft in diesen Tagen um die einzig verbleibende Hausärztin. Die möchte ihre Praxis ins 15 Kilometer entfernte Geisa verlegen. Die Unterbreizbacher fürchten um ihre medizinische Versorgung und – ganz allgemein – auch um die Attraktivität ihres Wohnortes.

Längst ist der Doktor im Ort zu einem wichtigen Standortfaktor für Thüringens Dörfer geworden – wenn man denn noch einen hat. Wenn schon Land, dann zieht es viele Mediziner in die Kreisstädte. Die klassische Landarztpraxis ist selten geworden. Nach Auskunft der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringens praktizieren nur noch etwa drei Dutzend der rund 1400 Hausärzte in einem Dorf mit weniger als 1000 Einwohnern. **Die klassische Landarztpraxis ist selten geworden.** Die jüngsten Daten des Bundesarztregisters der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) zeigen, dass Deutschlands Städte ein deutlich dichteres Ärztenetz aufweisen als in ländlichen Regionen. Folgen die Ärzte also eher dem Geld als den Patienten, wie so oft gemutmaßt wird?

Ganz so einfach scheint es dann doch nicht. Das Leben in der Stadt passt besser zur Lebensplanung gerade der jungen Mediziner. Bei einer Umfrage zu den Berufserwartungen waren den angehenden Ärzten eine funktionierende Verkehrsanbindung, gute Jobaussichten für den Partner, wohnortnahe Schulen für die Kinder sowie

kulturelle Freizeitangebote wichtig. **Ohne eine grundsätzliche Stärkung des ländlichen Raums werden viele Absolventen der Universitäten wohl kaum für das Landleben zu begeistern sein. Das Einkommen jedenfalls spielte in der Umfrage eine untergeordnete Rolle.**

Damit einher geht ein Wandel in der Arbeitswelt. Flache Hierarchien, das Arbeiten im Team sowie flexible Arbeitszeiten werden jungen Menschen immer wichtiger. Auch die angestrebte Vereinbarkeit von Familie, Freizeit und Beruf sind Umfragen zufolge Bedürfnisse, die sich nur schwer mit dem Bild des Landarztes als Einzelkämpfer in Einklang bringen lassen.

Einen anderen Weg ist Bettina Lorenz gegangen. Sie praktiziert in einer Gemeinschaftspraxis im Zentrum des 4000-Seelen-Kurstädtchens Bad Liebenstein. „Der Nachwuchsmangel an Medizinerinnen ist in der Tat ein Problem auf dem Land“, sagt sie. Auch ihre Gemeinschaftspraxis habe lange gesucht, bis eine junge Kollegin als Ersatz für den ausscheidenden Praxisgründer gefunden war. Dabei ist das Wartezimmer stets gut gefüllt. „Viele unserer Patienten sind jenseits der 65“, sagt die Fachärztin für Allgemeinmedizin. „Wer keine Angehörigen hat, ist ja gerade im Krankheitsfall auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Darum liegen die Praxen eben meist dort, wo noch der Linienverkehr vorbeikommt.“ Für alle anderen bietet sie Hausbesuche an. Wenigstens ein Drittel ihrer wöchentlichen Arbeitszeit verbringe sie auf der Tour über

die Dörfer der Umgebung – zusammen mit einer Schwester und einem Arztköfferchen. **„Als Hausarzt musst du den Patienten sehen und wissen, wie er lebt. Das geht weder über's Telefon noch über Videosprechstunden.“**

Thüringens Bedarf an Haus- und Fachärzten bemisst sich an der Bevölkerungszahl. Könnten alle Mediziner frei wählen, wo sie sich niederlassen, würden neue Praxen vor allem in den Ballungszentren eröffnet. Damit sich Hausärzte nicht nur in den Großstädten niederlassen, sondern auch ländliche Gebiete gut versorgt sind, bestimmt die Selbstverwaltung für 37 Planungsbereiche jeweils, wo wie viele Haus- und Fachärzte zugelassen werden. „In der Summe ist die Versorgung mit Hausärzten in Thüringen

versorgung zu einem Ganztagsjob für manch einen Rentner.

Initiativen, diesen Mangel zu beheben, gab und gibt es viele. Eine bessere Vergütung etwa. Seit 2009 gehören Thüringens Hausärzte zu den Spitzenverdienern in Deutschland. Auch Hilfen für Praxiseinrichtungen und eine Landarztquote schon im Studium sollen die ärztliche Versorgung langfristig sichern. Landarztquoten sichern Studenten Medizin-Studienplätze, selbst wenn sie keinen überragenden Abiturschnitt vorweisen können. Im Gegenzug müssen sie sich verpflichten, nach dem Examen in einer Thüringer Praxis die ersten Jahre zu praktizieren. Mecklenburg-Vorpommern etwa zahlt während des Studiums Stipendien an künftige Landärzte.

„Wer nicht von hier kommt, den kriegst du normalerweise auch nicht in den Thüringer Wald.“

gerade noch ausreichend“, sagt Bettina Lorenz.

Dennoch darf die offizielle Zahl von 46,5 fehlenden Hausarztstellen in fünf Planungsbereichen nicht darüber hinwegtäuschen, dass in den entlegensten Winkeln der ländlichen Gebiete Thüringens die Wege zum Doktor recht lang werden können. **Kombiniert mit unzureichenden Busverbindungen und den dünn gesäten Apotheken zwischen Gotha und Bad Langensalza oder Saalfeld und Schleiz wird die eigene Gesundheits-**

Letztlich aber ist die Entscheidung, Allgemeinmediziner zu werden, auch eine Frage der eigenen Vorlieben. Hausärztin Lorenz hatte nach dem Studium in einige Fachbereiche hineingeschnuppert. „Augenarzt ist wirklich spannend“, sagt sie. „Aber ich habe mir nicht vorstellen können, mein ganzes Berufsleben meinen Patienten nur in die Augen zu schauen.“ Sie wolle den ganzen Menschen sehen.

Von Matthias Thüsing

Ausverkauf der Thüringer Identität oder nur ein „Schusselfehler“?

In Thüringen ist ein Streit entbrannt: Soll die Verantwortung für die wichtigsten Kulturgüter unseres Freistaats von Halle aus verwaltet werden oder bestimmen die Thüringer selbst über

Schloss und Park Altenstein (großes Foto), Schloss Altenburg (links) und die Dornburger Schlösser (rechts unten) waren nur einige der Stationen, denen die CDU-Kulturpolitiker einen Besuch abgestattet haben.



Ihre Schlösser und Gärten? Thüringen ist ein besonderes Bundesland, denn die Gründung des Freistaats am 1. Mai 1920 ist die Geburtsstunde der gemeinsamen Staatlichkeit. Seit dem 14. Jahrhundert war die damalige Landgrafenschaft Thüringen in immer mehr kleine und kleinste Territorien zersplittert. Voraussetzung für die späte Wiedervereinigung Thüringens war dabei die Abdankung der Fürsten und Herzöge. Sie lehnten einen Zusammenschluss stets ab. Der Freistaat Thüringen ist demzufolge eine Gründung des Bürgertums, das seine gemeinsame Identität auch in den jeweiligen Fürsten- und Herzogtümern offenkundig nie vollständig aufgegeben hatte. Geblieden aus dieser Zeit der Kleinstaaterei ist eine einzigartige Residenzkultur. Jede Region hat ihre Burgen, Schlösser, Adelssitze – 585 insgesamt. „Sie machen Thüringen zu einem Land der Residenzen. Sie sind Teil unserer Identität“, so der kulturpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Jörg Kellner.

Hinter verschlossenen Türen verhandelte die rot-rot-grüne Minderheitsregierung einen Staatsvertrag zum Aufbau einer gemeinsamen neuen Mitteldeutschen Kulturstiftung. Kern des Vorschlages ist es, die wichtigsten Schlösser und Burgen Thüringens aus der Hand zu geben: Schloss Friedenstein in Gotha, Schloss Heidecksburg in Rudolstadt, die Dornburger Schlösser, aber etwa auch die Veste Heldburg oder Schloss Wilhelmsthal im Wartburgkreis – insgesamt 31 Objekte sollten nach dem Willen der rot-rot-grünen Minderheitsregierung



in die neue Stiftung eingebracht werden. Früh in den Verhandlungen erklärte sich die Thüringer Staatskanzlei bereit, den alleinigen Stiftungssitz nach Halle/Saale zu verlegen. Die erfolgreich arbeitende Stiftung „Thüringer Schlösser und Gärten“ in Rudolstadt soll aufgelöst werden. Thüringens historisches Erbe ginge damit in fremde Hände über. Wichtige Entscheidungen zu Personal oder Sanierungen würden künftig in Sachsen-Anhalt getroffen werden. Die rot-rot-grüne Minderheitsregierung bezeichnete diesen Beinahe-Ausverkauf der Thüringer Identität als „Schusselfehler“.

„Die Verhandlungen der Landesregierung zum Staatsvertrag gefährden unsere einzigartige Residenzkultur“, kritisiert Jörg Kellner. Kommt die gemeinsame Stiftung mit Sachsen-Anhalt und dem Bund, würde Thüringen im Stiftungsrat jedes Mal überstimmt werden können. „Wir als CDU-Fraktion werden dem nicht zustimmen“, sagt Kellner: „Dabei wissen wir unsere kommunalen Partner an unserer Seite. Zuletzt haben Bad Liebensteins Bürgermeister Dr. Michael Brodführer und der Landrat des Wartburgkreises, Reinhard Krebs, die rot-rot-grünen



Pläne als falsche Weichenstellung und historischen Fehler bezeichnet.

Bereits vor einem Jahr erreichte Thüringen und Sachsen-Anhalt die an sich frohe Botschaft, der Bund wolle beiden Ländern jeweils 100 Millionen Euro für die Sanierung ihrer Adelsitze, Burgen und Schlösser zukommen lassen. Das Geld wird dringend gebraucht, weil in beiden Ländern aufgrund der Fülle von (kunst-)historisch bedeutenden Baudenkmalern das Geld für deren Erhalt knapp ist. Die CDU will die Verhandlungen über den Staatsvertrag neu starten. Ziel ist es, dass die Gelder des Bundes über eine einfache Förderstiftung direkt in Thüringen ankommen und spätestens im kommenden Jahr ausgezahlt werden.

Sie soll – bürokratiearm und im Aufbau schlank – nichts anderes entscheiden, als die Gelder an die Länder zu überweisen.

Davon losgelöst setzt sich die CDU-Fraktion laut Kellner weiter dafür ein, dass der Bund auch einen Teil der für die Kommunen oft nur schwer aufzubringenden Betriebskosten der Schlösser und Gärten übernimmt.

IMPRESSUM

Herausgeber

CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Chefredaktion & V.i.S.d.P.

Felix Voigt

Telefon (Fax)

0361 3772-218 (520)

Internet

www.cdu-landtag.de

E-Mail

pressestelle@cdu-landtag.de

Auflage

322.000

Fotos

Soweit nicht anders angegeben:
CDU-Fraktion

Text & Fotoauswahl

Felix Voigt, Matthias Thüsing,
Stefan Karl, Sven Kessler, Aniko
Lembke, Kevin Bayer

Satz & Gestaltung

PXN GmbH

Druck

Druckzentrum Erfurt GmbH
Gottstedter Landstraße 6
99092 Erfurt

„Nicht zu handeln ist keine Option“

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn im Interview



Jens Spahn (Mitte) gemeinsam mit CDU-Fraktionschef Mario Voigt bei einem Besuch der Waldkliniken Eisenberg im Oktober 2019.

© Kurt Sauer

Deutschland ist bisher gut durch die Krise gekommen. Was sehen Sie als wesentliche Faktoren dafür?

Deutschland ist bisher im internationalen Vergleich sehr gut durch die Pandemie gekommen. Das hat mehrere Gründe. Wir hatten das Glück, Zeit zu haben und uns auf die Epidemie vorbereiten zu können. Wir haben ein gutes Gesundheitssystem, ausreichend Intensivbetten und viele Labore zur Auswertung der Tests. Wir haben entschlossen gehandelt, als es darum ging, Intensivbetten frei zu räumen, mehr Tests möglich zu machen und das öffentliche Leben zum Schutz der Gesundheit unserer Bevölkerung runterzufahren. Und die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hat den Ernst der Situation erkannt und wollte mithelfen. Wir haben zusammengehalten.

Halten Sie die Maskenpflicht nach wie vor für sinnvoll?

Ja, der Meinung bin ich. Auch wenn ich sehr gut den Wunsch vieler verstehen kann, wieder ohne Masken einkaufen zu gehen oder Bus zu fahren. Aber genau darum geht es. In geschlossenen Räumen, dort, wo wir nicht gut den Mindestabstand einhalten können, können Alltagsmasken einen Unterschied machen, um sich und vor allem andere zu schützen. Deswegen ist die All-

tagsmaske weiterhin wichtig. Und ich habe den Eindruck, dass viele Menschen das mittragen.

Immer wieder wird vor einer „zweiten Welle“ gewarnt. Auf welcher wissenschaftlichen Grundlage geschieht das?

Das Virus ist noch da. Das sehen wir jeden Tag an den vielen lokalen und regionalen Ausbrüchen. Auch wenn die konkrete Gefahr einer Infektion im eigenen direkten Umfeld zurückgeht. Die Frage ist: Kommt noch mal ein größerer Ausbruch? Das kann niemand mit Sicherheit sagen, auch nicht die Wissenschaft. Ein weiterer Ausbruch würde uns jedenfalls nicht unvorbereitet treffen. Wir haben uns darauf eingestellt. Wir würden ihn kommen sehen.

Was erwarten Sie mit Blick auf das zweite Halbjahr? Wo muss Deutschland noch besser werden, um weiter gut durch die Corona-Krise zu kommen?

Wir haben in den letzten Monaten neue Erkenntnisse gesammelt und auf dieser Grundlage Entscheidungen getroffen. Bei der Versorgung mit Schutzausrüstung stehen wir besser da, weil wir für inländische Produktion sorgen und Reserven anlegen können. Ebenso konnten wir bei Arzneimitteln Vorsorge treffen, und wir haben die Testkapazitäten hochgefahren. Unsere Ärztinnen

und Ärzte wissen heute mehr über eine gezielte Behandlung der Krankheit, und die Krankenhäuser sind besser auf die Behandlung schwerer Krankheitsverläufe eingerichtet.

Wir haben unter hohen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und persönlichen Kosten viel erreicht. Die nächsten Monate werden zeigen, ob wir den schwierigsten Teil der Pandemie wirklich hinter uns haben. Wichtig ist, dass wir weiter auf einander achtgeben.

Noch immer gibt es kaum verlässliche Studien zu Ansteckungsgefahr und Mortalitätsraten. Insbesondere hinsichtlich der tatsächlichen Todesursache von Verstorbenen, bei denen eine Corona-Infektion nachgewiesen wurde, gibt es viele Fragezeichen. Stochern wir mit unseren Schutzmaßnahmen und Restriktionen am Ende doch nur im Nebel?

Wir können immer nur auf Basis des aktuellen Wissensstand entscheiden. Das ist manchmal schwierig. Denn es gibt in der Tat immer noch offene Fragen. Etwa wann und für wie lange nach einer Infektion Immunität besteht. Oder welche Vorerkrankungen ein besonders hohes Risiko für den schweren Verlauf einer Corona-Erkrankung bedeuten. Viele Fragen können die Wissenschaftler erst nach und nach beantworten. Mit dieser Unsicherheit muss Politik umgehen. Nicht zu handeln ist keine Option.

5 FRAGEN
5 ANTWORTEN

WER IST JENS SPAHN?

Jens Spahn ist am 16. Mai 1980 in Ahaus (NRW) geboren und hat dort auch Abitur gemacht. Von 1999 bis 2001 absolvierte Spahn eine Ausbildung als Bank-

kaufmann; danach studierte er Rechts- und Politikwissenschaften mit dem Abschluss Master. 1997 ist er in die CDU eingetreten, seit 2002 gehört Spahn dem Deut-

schen Bundestag an. Von 2015 bis 2018 war er Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, seit 2018 ist Spahn Bundesgesundheitsminister.



© BMG/Florian Gaertner (photothek.net)

© stock.adobe.com



Mit einem Kinderlandbonus und der Senkung der Grunderwerbsteuer will die CDU-Fraktion jungen Familien dabei helfen, sich Wohneigentum zu schaffen.

20 Ideen für einen Neustart Thüringens

Die CDU-Landtagsfraktion hat die Diskussion um die Zukunft Thüringens nach der Corona-Krise begonnen. „Ein ‚Weiter so‘ mit immer höheren Schulden, wie Rot-Rot-Grün sie will, darf es nicht geben. **Wir sind überzeugt: Thüringen hat die Kraft, aus der Krise gestärkt hervorzugehen**“, machte der CDU-Fraktionsvorsitzende Prof. Dr. Mario Voigt vor Beginn der Thüringer Sommerferien deutlich. Für seine Fraktion stellte Voigt 20 Ideen für einen Neustart Thüringens vor. „Mit unserem Maß-

nahmenpaket setzen wir einen Innovationsimpuls für Thüringen, um die vor allem mittelständisch geprägte Wirtschaft wieder zu beleben, Familien zu stärken und erkannte Schwachstellen in der öffentlichen Ordnung anzugehen. Thüringen braucht jetzt einen Dreiklang aus Entlastung, Innovation und Mobilisierung“, sagte Voigt.

Aus Sicht der CDU-Fraktion kommt es nun darauf an, im Wettbewerb um die besten Ideen für Thüringens Zukunft die im Land vorhandenen

Kräfte zu entfesseln. Dies schließt ein, Thüringen neu zu denken und auch Entscheidungen der letzten Jahre auf den Prüfstand zu stellen, die sich gegenwärtig als Bremsen für eine schnelle wirtschaftliche Erholung erweisen.

Dazu hat die CDU-Fraktion ein ganzes Paket von Maßnahmen geschnürt, das unter anderem einen Kinderlandbonus für junge Familien, die Senkung der Grunderwerbsteuer, einen sofortigen Investitionsimpuls mit höheren Fördersätzen und die

Einführung einer Bürokratiebremse enthält.

Wie die 20 Vorschläge der CDU-Fraktion im Detail aussehen, können Sie im Internet nachlesen:

<https://www.cdu-landtag.de/download/cdu-fraktion-stellt-massnahmenpaket-fuer-einen-neustart-thueringens-vor>



Kein Freibrief für neue Schulden

© stock.adobe.com



Wer den Cent nicht ehrt: Noch immer steht der von der CDU geforderte Kassensturz der Landesregierung aus.

Thüringen und den Gemeinden drohen massive Steuerausfälle. Doch anders als der Bund und 15 Länder geht die rot-rot-grüne Minderheitsregierung in der Corona-Krise einen Sonderweg und will bisher auf einen Nachtragshaushalt verzichten. Dabei ist derzeit völlig unklar, woher das Geld für die Bewältigung der Folgen der Pandemie ab Herbst dieses Jahres kommen könnte. Das Land braucht einen „schnellen Kassensturz“, fordert deshalb der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Maik Kowalleck. „Rot-Rot-Grün hat wertvolle Zeit verloren und sich mit einem möglichen

Nachtragshaushalt über Wochen hinweg gar nicht beschäftigt.“ Keinesfalls werde die Union einen Freibrief für neue Kreditaufnahmen erteilen, sagte Kowalleck in Richtung von Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee (SPD), der bis zu drei Milliarden Euro an neuen Schulden aufnehmen will. Aus Sicht der CDU-Fraktion kann das nicht die Antwort auf die Krise sein. Ziel der Union sei es, neue Schulden so weit wie möglich zu vermeiden, so Kowalleck weiter. Doch das Ausmaß der wirtschaftlichen Verwerfungen lasse stark vermuten, dass es ohne neue Schulden nicht gehen werde.

„Daher müssen wir jetzt genau prüfen, wofür wir Geld ausgeben“, sagte Kowalleck.

Für die CDU Fraktion ist das beste Konjunkturprogramm konkrete Entlastungen für Familien, Wirtschaft, Gemeinden und Städte. Wenn Arbeitsplätze in Thüringen gestärkt werden sollen, sind unsinnige bürokratische Regeln abzuschaffen, die öffentliche Auftragsvergabe durch ein entrümpeltes Vergabegesetz zu befördern und Investitionsmittel aus dem aktuellen Haushalt jetzt auszureichen. Tatsächlich warten Unternehmen seit Monaten auf Bewilligungen.

#GemeinsamFürThüringen



„#GemeinsamFürThüringen“ – Unter diesem Leitspruch ist der CDU-Fraktionsvorsitzende Mario Voigt mit den 20 Unionsabgeordneten in ihrem Wahlkreis unterwegs und trifft sich mit Bürgermeistern, Unternehmern, Ehrenamtlichen und Machern vor Ort. Vom Medizinischen Zentrallabor Altenburg, wo Corona-Antikörper-test stattfinden, über den deutschen Nachhaltigkeitsieger 2019 in der Plasteverarbeitung in Greiz, dem Forstamt und Waldbesitzern in Gehren bis zur freiwilligen Feuerwehr in Clingen – **Thüringen ist vielfältig, und die Themen vor Ort sind es auch.** Dabei sind die CDU-Abgeordneten die Kümmerer vor Ort für die Sorgen

und Nöte. Bei den Gesprächen wurde klar: Thüringen steht nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie vor großen Herausforderungen. Benötigt werden beispielsweise mehr Geld für Kommunen, eine bessere digitale Infrastruktur oder Hilfen für Veranstaltungs- und Kulturbetriebe. Gleichzeitig machen die Gespräche vor Ort Mut: Die Thüringer sind stark, sie haben gute Ideen und den Antrieb, diese umzusetzen. Die CDU-Fraktion sieht es als ihre Aufgabe an, den Menschen die Freiheit und die Möglichkeiten zu geben, ihre Ideen zu verwirklichen und dadurch den Freistaat voranzubringen – durch die Corona-Krise und darüber hinaus.

Die Finanzlage der Kommunen, die Situation der Freibäder in Corona-Zeiten und die Sorgen der Unternehmen in Thüringen waren nur drei von unzähligen Themen der #GemeinsamFürThüringen-Tour.

| | | | | | | | | | | | |
|--|------------------------------|--------------------------------|------------------------|--------------|--------------------------|------------------------|--------------------------|-----------------------|----------------------|------------------|--------------------------|
| schützen, verteidigen | tropischer Laubbaum | Ausruf des Verstehens | stetig fließen, laufen | erforderlich | lateinisch: Sei begrüßt! | emotional aufgewühlt | veraltet: Landarbeiterin | Schmuckstein | ältester Sohn Noahs | anheben (süddt.) | Abk. für Neues Testament |
| 1 | | | | | veralbern (ugs.) | | | | 8 | 4 | |
| befestigtes Hafenufer | | | Kellner | | | | Holzblasinstrument | Begeisterung, Schwung | Tapferkeit | | 12 |
| Form des Sauerstoffs | zu keiner Zeit | | | | Segelbefehl | Wintersportart | | | 9 | Zensur | Halbton über f (Musik) |
| 13 | | nicht klar, nicht durchsichtig | | 6 | | | Kfz-Zeichen Kiel | | dt. Komponist (Carl) | | |
| bayerisch: Almhirt | Stadt u. See in Pennsylvania | | | | | kleiner Sportrennwagen | | 10 | | Hühnerprodukt | |
| | | fester Teil der Erdkruste | | | | | | 14 | eine Zahl | | 7 |
| <div style="display: flex; justify-content: space-around; align-items: center;"> 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 </div> | | | | | | | | | | | |

Bei unserem Kreuzworträtsel gilt es auch diesmal, ein Lösungswort aus dem Bereich der Landespolitik zu finden. Senden Sie die Lösung per E-Mail oder Post an die Redaktion (Betreff/Stichwort: „Kreuzworträtsel“) und gewinnen Sie ein Präsent-Set bestehend aus einer edlen Porzellantasse aus dem Hause Kahla sowie einer Krawatte und einem Tuch in den Thüringer Landesfarben. Einsendeschluss ist der **31. September 2020**. Um an der Verlosung teilzunehmen, geben Sie das Lösungswort, Ihre Anschrift und Ihren vollen Namen, Ihre E-Mail-Adresse und Ihre Telefonnummer an.*

E-Mail: quiz@cdu-landtag.de oder
Postadresse:
 CDU-Fraktion im Thüringer Landtag,
 Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt

Viel Erfolg!

* Um an der Verlosung teilzunehmen, müssen Sie mindestens 16 Jahre alt sein und den Hauptwohnsitz in Thüringen haben. Die Preise werden direkt nach Einsendeschluss verlost und der Gewinner telefonisch benachrichtigt. Eine Auszahlung des Gewinns ist nicht möglich, der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist gemäß dem Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b) DSGVO zur Durchführung des Quiz erforderlich. Mit der Teilnahme am Quiz erklärt sich der Teilnehmer einverstanden, dass im Falle eines Gewinns sein Vorname, sein Nachname sowie sein Wohnort in der Drucksache veröffentlicht werden. Daneben verarbeiten wir Ihre Daten, um Sie über das aktuelle politische Geschehen in Thüringen zu informieren. Diesbezüglich verweisen wir Sie auf Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e) DSGVO i.V.m. § 47 S. 2 Nr. 5 ThürAbgG. Nach § 47 S. 2 Nr. 5 ThürAbgG ist es Aufgabe der Fraktionen, die Öffentlichkeit über ihre parlamentarische Arbeit zu unterrichten. Es handelt sich damit um die Verarbeitung für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt. Sie haben gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO das Recht, der diesbezüglichen Verarbeitung jederzeit zu widersprechen. Im Falle des Widerspruchs werden wir die betroffenen Daten unverzüglich löschen. Unsere Datenschutzerklärung mit weiteren Hinweisen zum Datenschutz finden Sie unter www.cdu-landtag.de/service/datenschutz.

Schnelle und unbürokratische Hilfen für die Kommunen



Das kommunale Corona-Paket verschafft den Kommunen und Kreisen 185 Millionen Euro an finanziellen Spielräumen. Das Geld soll Mehrausgaben und Einnahmeausfälle abfedern.

Die CDU-Fraktion hat erfolgreich auf ein möglichst unbürokratisches Verfahren bei der Auszahlung von Kommunalhilfen aus dem geplanten Sondervermögen des Landes gedrängt. **„100 Millionen Euro werden zur Kompensation der**

Gewerbesteuer ausfälle pauschal ausgereicht“, so der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Raymond Walk.

„Als Maßstab dient dabei ein bedeutender Gewerbesteueranteil an den kommunalen Einnahmen der zurück-

liegenden Jahre. **Dadurch können die besonders betroffenen Gemeinden und Städte sofort Hilfe erhalten, ohne durch langwierige Antragsverfahren gehen zu müssen.**“

Die CDU-Landtagsfraktion hatte sich mit ihrer Forderung nach einem mil-

lionenschweren Hilfspaket für die Thüringer Kommunen durchgesetzt. **„Unser Einsatz für den ländlichen Raum hat sich gelohnt“, bilanziert Walk.** So sollen neben den Kommunen auch Landkreise Soforthilfen erhalten können. Insgesamt werden auf diese Weise weitere 85 Millionen Euro des Hilfspakets so verteilt werden, dass neben den Kommunen auch Landkreise Soforthilfen erhalten können. „Komplizierte Antragsverfahren lehnen wir ab, da die Bearbeitung der Anträge bis zum Herbst einfach zu lange dauern würde“, so Walk. „Dann wäre die Soforthilfe keine Soforthilfe mehr.“

Zuvor hatten die Oberbürgermeister der sechs kreisfreien Städte in Thüringen öffentlich Alarm geschlagen. Die Finanzsituation der größeren Städte sei wegen einbrechender Steuereinnahmen und Mehrausgaben als Folge der Corona-Krise dramatisch, erklärten die Stadtoberhäupter. „Was nicht geht, sind Sparorgien“, hieß es in Richtung der Landesregierung. Es dürfe in der Krise nicht gerade dort der Rotstift angesetzt werden, wo es um die Lebensqualität der Bürger gehe.

Leere Wachen, kranke Kollegen In den großen Städten fehlen 150 Polizisten

Die Polizei in Thüringen leidet unter chronischem Personalmangel. **Rot-Rot-Grün hat während der vergangenen sechs Jahre im Vollzugsdienst massiv Stellen unbesetzt gelassen**“, kritisiert der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Raymond Walk. „Weniger Vollzugsbeamte bedeuten weniger Streifenwagen in Landkreisen und kreisfreien Städten, weniger Personal auf den Wachen und eine ausgedünnte Besetzung vor allem nachts und an Wochenenden“, sagt Walk. „Allein in den sechs kreisfreien Städten in Thüringen blieben zum Ende der vergangenen Legislaturperiode 150 Dienstposten unbesetzt“, so Walk weiter.

Wie viele Polizisten in Kreisen und Städten für Sicherheit und Ordnung sorgen sollen, ist im so genannten Organisations- und Dienstpostenplan festgeschrieben. „Für alle kreisfreien Städte zusammengefasst sind 1619 Beamte vorgesehen. Tatsächlich waren hier Ende 2018 nur 1469 im Einsatz“, kritisiert der CDU-Innenexperte. Etwas besser sieht es auf dem Land aus. In Nordhausen etwa blieben von den 224 Dienstposten



Aufgrund von Personalmangel wird es für die Polizei im ländlichen Raum Thüringens immer schwerer, Präsenz zu zeigen.

nur 21 unbesetzt. Dennoch: **„Die Arbeit der erkrankten Kollegen muss von den gesunden Beamten mit übernommen werden“**, so Walk. Diese Arbeitsverdichtung führe zu Stress und psychischen Krankheiten. So fallen immer mehr Beamte aus, deren

Arbeit die dann weiter geschrumpfte Restbesetzung erledigen muss. **„Das ist ein Teufelskreis, der zu ernststen Problemen in der Inneren Sicherheit Thüringens und damit auch in unserer Region führen kann“**, warnt Walk. Seit 2014 habe Rot-Rot-Grün thüringenweit

mehr als 500 Stellen abgebaut. Statt neue Polizisten einzustellen, wolle man jetzt ein Gutachten zum Rassismus in der Polizei. **„Es muss aufhören, dass Politiker von Rot-Rot-Grün die Polizei permanent schlecht machen.“**, so Walk.